

Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
Integrationsbericht: 132.000 Menschen zugewandert	1
Bildband „HEIMAT - Menschen in Thüringen“	1
NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND	2
Flüchtlinge schließen Integrationskurs großteils erfolgreich ab	2
Erstmals über eine Million Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas	2
Studie: Jeder vierte Deutsche denkt antisemitisch	3
Zahl der ausgewiesenen Ausländer steigt	3
Bamf: Ein Drittel weniger Asylanträge von minderjährigen Flüchtlingen	4
Studie: Deutschkenntnisse entscheidend für Karrierechancen	4
Statistik: Zahl der Asylanträge weit unter Hoch von 2015	4
GLOBALE NACHRICHTEN	5
Einigung: Flüchtlinge werden auf sechs Länder verteilt	5
Studie: Zahl der Migranten in OECD-Ländern nimmt leicht zu	5
Kinder in Konflikten: getötet, verletzt, entführt	5
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	6
Impressum	6

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Integrationsbericht: 132.000 Menschen zugewandert

Von den gut 2,1 Millionen Menschen in Thüringen haben 132.000 einen Migrationshintergrund. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 6,3 Prozent, der sich im Vergleich zu 2011 verdoppelt hat. Verglichen mit dem bundesweiten Durchschnitt von mehr als 23 Prozent ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in Thüringen gering. Das geht aus dem ersten Integrations- und Zuwanderungsbericht des Landes hervor, der am Dienstag von Migrationsminister Dieter Lauinger (Grüne) vorgestellt wurde.

Die größte Gruppe unter den Ausländern machen Syrer mit rund 18.000 Menschen aus, gefolgt von etwa 16.000 Zuwanderern aus Polen und 11.000 aus der Russischen Föderation. Etwa jeder dritte Zuwanderer in Thüringen kommt aus einem EU-Land. Auffällig ist die Altersstruktur, jeder zehnte Bewohner in Thüringen unter 18 Jahren hat einen Migrationshintergrund.

Der mehr als 120 Seiten umfassende Bericht, der vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung erstellt wurde, erfasst nicht nur Daten wie Alter, Wanderungsbewegung oder Bildungsabschlüsse, er fragt auch nach Parametern, die Hinweise auf Zusammenleben und Integration geben. Der Blick darauf fällt zwiespältig aus. So gaben 65 Prozent der befragten Thüringer an, bis 2018 noch nie persönlichen Kontakt zu einem Zuwanderer gehabt zu haben. Große Unterschiede zeigen sich in den Schulabschlüssen. Der Anteil der Zuwanderer mit Abitur ist höher als der Landesdurchschnitt, andererseits hat weniger als jeder zweite Neuankömmling überhaupt keinen Schulabschluss. Immer mehr Zuwanderer finden eine Anstellung. 2010 waren es noch weniger als 10.000, Ende 2018 stieg die Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auf über 40.000 an.

Quelle: Thüringer Allgemeine vom 09.10.19

Bildband "HEIMAT - Menschen in Thüringen"

Thüringen ist ein Land mit vielen bunten Gesichtern, ein Land mit tollen Menschen und unterschiedlichsten Lebensgeschichten. Als Thüringer Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge begeistert und fasziniert es mich jeden Tag neu, in den persönlichen Begegnungen mit Einzelnen diese Vielfalt zu entdecken. Ich bin überzeugt, in dieser individuellen Vielfalt - liegt der größte Schatz unseres Freistaates!

Deshalb bin ich sehr glücklich, diesen Schatz mit dem digitalen Bildband: „HEIMAT Menschen in Thüringen“ ausschnittsweise sichtbar zu machen: Porträts von Thüringerinnen und Thüringern mit Migrationshintergrund, die hier zuhause sind. Sie haben in Thüringen eine Heimat - viele von ihnen eine zweite Heimat - gefunden und berichten in Kürze, was das für sie bedeutet.

Als Beauftragte setze ich mich dafür ein, allen Zugewanderten das Ankommen und

Einleben zu erleichtern und Wege für ein gutes Miteinander zu ebnen. Es gilt, sich gegenseitig als Menschen und Mitmenschen wahrzunehmen und zu begegnen und Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen.

Unter den beigefügten Links finden Sie den Bildband „HEIMAT – Menschen in Thüringen“

Startseite: <https://www.thueringen.de/th10/ab/index.aspx>

PDF-Link: https://www.thueringen.de/mam/th10/ab/bildband_heimat_menschen_in_thuringen_final.pdf

Quelle:

Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge



NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Flüchtlinge schließen Integrationskurs größtenteils erfolgreich ab

Die meisten Flüchtlinge schließen Integrationskurse erfolgreich ab, das Angebot ist jedoch ausbaufähig. Das geht aus einer aktuellen Bamf-Studie hervor. Linke und Grüne fordern Lösungen und eine unabhängige Evaluation.

Die Mehrheit der Flüchtlinge schließt Integrationskurse einer Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zufolge erfolgreich ab. Anstrengungen sind allerdings noch bei der Förderung von Analphabeten nötig, wie aus dem am Dienstag in Berlin vorgestellten Zwischenbericht zur Evaluation dieses Förderangebots hervorgeht. Nach Abschluss eines Kurses schätzen demnach 61 Prozent ihre Deutschkenntnisse als gut oder sehr gut ein. Bei jenen, die keinen solchen Kurs besucht haben, seien es lediglich 17 Prozent.

Nach Angaben der Soziologin und Bamf-Forscherin Anna Tissot haben früher überwiegend Migranten aus Staaten der Europäischen Union an Integrationskursen teilgenommen. Inzwischen sind es überwiegend Flüchtlinge, bei denen es häufiger Probleme gebe, die eine Teilnahme behindern könnten. Als Beispiele nannte sie Traumata, ein niedrigeres Bildungsniveau, Analphabetismus oder die Trennung von der Familie.

Während nach Erkenntnissen des Bamf zudem am Anfang der Fluchtbewegung etwa Syrer nach Deutschland kamen, die höher qualifiziert waren, hätten nun viele geringere Qualifikationen. Etwa 30 Prozent der neuen Kurse seien derzeit Alphabetisierungskurse.

Integrationskurs-Niveau stabil

Der Anteil jener, die zu Beginn noch keinen Buchstaben kannten und die nach einem Alphabetisierungskurs das Niveau B1 erreichten, sei von 23 Prozent im August 2017 auf 14 Prozent im August 2019 gesunken. Rechnet man das Niveau A2 hinzu, hätten 67 Prozent im Jahr 2017 den Kurs erfolgreich abgeschlossen und 54 Prozent im Jahr 2019.

Beim allgemeinen Integrationskurs – also für jene, die schon lesen und schreiben konnten – sei das Niveau stabil geblieben. Das Niveau A2 bedeutet, dass sich die Menschen in Routine-Situationen mit einfachen Sätzen verständigen können. Beim Niveau B1 können sie schon viele Situationen gut bewältigen und zusammenhängende Geschichten erzählen. Soziologin Tissot sagte, dass es bei Alphabetisierungskursen als Erfolg gelte, wenn die Teilnehmer das Niveau A2 erreichten.

Laut Evaluierung nehmen auch bestimmte Flüchtlingsgruppen seltener an Integrationskursen teil: Es handele sich um jene, die noch nicht lange in Deutschland leben, um Menschen mit niedrigem Bildungsniveau sowie um Frauen, die kleine Kinder zu betreuen haben. Bei der Kinderbetreuung sollen den Angaben nach weitere Anstrengungen vorgenommen werden.

2018 besuchten laut Bamf mehr als 200.000 Menschen erstmalig einen der rund 14.500 neu gestarteten Integrationskurse: gut 68 Prozent besuchten einen allgemeinen Integrationskurs (68,3 Prozent), rund 22 Prozent einen Alphabetisierungskurs (22,2 Prozent).

Quelle: MiGAZIN Newsletter 18.09.2019

Erstmals über eine Million Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas

Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die in Kindertageseinrichtungen betreut werden, ist erstmals über eine Million gestiegen. Auch die Zahl der U3-Kinder mit Migrationshintergrund ist stark angestiegen.

Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die in einer Tageseinrichtung betreut werden, hat zum Stichtag 1. März 2019 erstmals die Zahl von einer Million überschritten (1.015.500). Das teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden auf Anfrage des MiGAZIN mit. Im Vorjahr waren es noch 980.323 Kinder.

Wie das Statistikamt außerdem mitteilt, wird inzwischen mehr als jedes dritte Kind unter drei Jahren in Deutschland in einer Kita betreut. Zum Stichtag lag die Betreuungsquote bundesweit bei 34,3% (2018: 33,6%). Die Zahl der Mädchen und Jungen unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 28.900 auf 818.500. Davon haben 176.504 Kinder unter drei Jahren mindestens einen Elternteil mit ausländischer Herkunft. Im Vorjahr betrug diese Zahl noch 165.221. Das ist ein Anstieg um 6,83% und deutlich höher als die Gesamtzuwachsquote von 3,7%.

Sachsen-Anhalt mit höchster Betreuungsquote

Bei U3-Kindern in Betreuung zeigen sich dem Bundesamt zufolge große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: In den westdeutschen Bundesländern betrug die Betreuungsquote durchschnittlich 30,3%, in den ostdeutschen einschließlich Berlin lag sie bei 52,1%. Bei der Betreuungsquote handelt es sich um den Anteil der in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege tatsächlich betreuten unter Dreijährigen an allen Kindern dieser Altersgruppe.

Die höchste Betreuungsquote bundesweit hatte im März 2019 den Angaben zufolge Sachsen-Anhalt mit 58,2%. In den Stadtstaaten Hamburg (46,6%) und Berlin (43,8%) waren Kinder unter drei Jahren ebenfalls überdurchschnittlich häufig in einer Kindertagesbetreuung. Unter den westdeutschen Flächenländern erreichte Schleswig-Holstein (34,8%) die höchste Quote. Bundesweit am niedrigsten war sie in Bremen (28,4%) und Nordrhein-Westfalen (28,2%).

Altersgruppen sehr unterschiedlich

In den einzelnen Altersgruppen sind die Betreuungsquoten nach Angaben der Statistiker sehr unterschiedlich: So waren bundesweit 1,9% der Kinder unter einem Jahr in Kindertagesbetreuung. Dagegen nahmen die Eltern von gut einem Drittel der Einjährigen (37,1%) ein solches Angebot in Anspruch, bei den Zweijährigen waren es schon fast zwei Drittel (63,2%). Seit dem 1. August 2013 gibt es für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen bundesweiten Rechtsanspruch auf einen öffentlich geförderten Betreuungsplatz.

Anfang März 2019 gab es den Angaben zufolge bundesweit insgesamt 56.708 Kindertageseinrichtungen. Das waren 775 Einrichtungen mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres (plus 1,4%). Die Zahl der dort als pädagogisches Personal oder als Leitungs- und Verwaltungspersonal beschäftigten Personen stieg um 4,2 Prozent auf 653.800. Gleichzeitig erhöhte sich auch die Zahl der Tagesmütter und -väter leicht um 553 auf 44.734 (1,3%).

Quelle: MiGAZIN Newsletter 04.10.2019

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Studie: Jeder vierte Deutsche denkt antisemitisch

Judenfeindliche Ansichten sind in Deutschland einer Umfrage zufolge weit verbreitet, auch unter Gutverdienern mit hohem Bildungsabschluss. Gleichzeitig wächst die Bereitschaft, sich gegen Judenhass zu engagieren.

Mehr als jeder vierte Deutsche (27 Prozent) hegt laut einer Studie des Jüdischen Weltkongresses antisemitische Gedanken. In der Umfrage äußerten 41 Prozent die Meinung, Juden redeten zu viel über den Holocaust. Auch Aussagen wie Juden hätten zu viel Macht in der Wirtschaft oder trügen die Verantwortung für die meisten Kriege auf der Welt seien auf relativ große Zustimmung gestoßen. Für die repräsentative Erhebung wurden vor zweieinhalb Monaten, also vor dem Anschlag in Halle vom 9. Oktober, 1.300 Menschen befragt.

Antisemitismus ist der Studie zufolge auch unter Gutverdienern in gesellschaftlichen Führungspositionen weit verbreitet. Zu diesem Ergebnis kommt eine Auswertung der Antworten von 300 Befragten, die jährlich mindestens 100.000 Euro verdienen und über einen Universitätsabschluss verfügen. Gut ein Viertel (28 Prozent) dieser als „Führungselite“ definierten Gruppe vertrete die antisemitische Überzeugung, dass Juden im Geschäftsleben zu viel Macht hätten, heißt es in der Studie. Ebenfalls ein Viertel (26 Prozent) glaube, dass Juden in globalen Angelegenheiten zu viel Macht hätten. Fast die Hälfte (48 Prozent) gab an, dass Juden Israel gegenüber loyaler seien als Deutschland.

Antisemitismus hat Krisenpunkt erreicht

Fast zwei Drittel (65 Prozent) der Deutschen gehen laut der Umfrage davon aus, dass nationalsozialistische Überzeugungen und Ideen mit dem Erfolg rechtsextremer Parteien zunehmen. Etwa 50 Prozent räumten ein, dass Juden einem Gewaltisiko oder hasserfüllten Verbalangriffen ausgesetzt seien. Ein Viertel könne sich sogar vorstellen, dass sich in Deutschland etwas mit dem Holocaust Vergleichbares wiederholen könnte. Knapp ein Drittel (28 Prozent) finde, die deutsche Regierung tue nicht genug, um Jüdinnen und Juden zu schützen. Gleichzeitig wächst der Studie zufolge die Bereitschaft, gegen Antisemitismus vorzugehen: Ein Drittel aller Befragten würde nach eigenen Angaben dagegen auf die Straße gehen.

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald S. Lauder, sagte, Antisemitismus habe in Deutschland einen Krisenpunkt erreicht. Wenn sich mehr als ein Viertel der Gesellschaft mit Antisemitismus identifiziere, sei es an der Zeit für die restlichen drei Viertel, Demokratie und tolerante Gesellschaften zu verteidigen. Deutschland habe eine einmalige Verpflichtung, die Rückkehr von Intoleranz und Hass zu verhindern. „Es ist Zeit für die gesamte deutsche Gesellschaft, Stellung zu beziehen und den Antisemitismus direkt zu bekämpfen“, erklärte Lauder. Der Jüdische Weltkongress ist die Dachorganisation jüdischer Gemeinden und Organisationen aus mehr als 100 Ländern.

Quelle: MiGAZIN Newsletter 26.10.2019

Zahl der ausgewiesenen Ausländer steigt

Straffällig gewordene Ausländer werden häufiger aus Deutschland ausgewiesen als vor den Gesetzesverschärfungen vor drei Jahren. Die Linksfraktion sieht darin eine unzulässige Doppelbestrafung.

Seit drei Jahren steigt die Zahl der Ausweisungen straffällig gewordener Ausländer aus Deutschland. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor, die dem „Evangelischen Pressedienst“ vorliegt. Danach ergingen im vergangenen Jahr 7.408 sogenannte Ausweisungsverfügungen. 2017 waren es 7.374, im Jahr 2016 wurden 5.049 Ausländer ausgewiesen. Die Steigerungen sind nach Angaben der Bundesregierung unter anderem auf die Verschärfung des Ausweisungsrechts zurückzuführen.

Im ersten Halbjahr des laufenden Jahres haben den Angaben zufolge, über die zuerst die „Neue Osnabrücker Zeitung“ (Freitag) berichtet hatte, bereits 4.666 Menschen eine Ausweisungsverfügung erhalten. Die meisten Ausweisungen wurden gegen Bürger osteuropäischer Staaten ausgesprochen. In den Jahren zuvor wurden jeweils rund 4.000 Ausländer des Landes verwiesen. 2015, vor der Verschärfung des Ausweisungsrechts, waren es 3.604. Im Jahr 2010 beispielsweise erhielten 4.247 Ausländer eine Ausweisungsverfügung.

Schnellere Ausweisung

Insgesamt halten sich den Angaben zufolge momentan 29.288 ausgewiesene Ausländer in Deutschland auf. Die einzelnen Bundesländer setzen das Instrument der Ausweisung unterschiedlich stark ein: Während in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr 1.589 Ausweisungen verzeichnet wurden, sind es in Mecklenburg-Vorpommern zwölf gewesen.

Seit Frühjahr 2016 können straffällig gewordene Ausländer leichter ausgewiesen werden. Die gesetzlichen Verschärfungen waren eine Reaktion auf sexuelle Übergriffe auf Frauen am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht 2015/2016 und wurden im Zusammenhang mit der Asylgesetzten verabschiedet. So kann seitdem beispielsweise auch eine Bewährungsstrafe eine Ausweisung auslösen.

Jelpke kritisiert Ausweisungspraxis

Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke, kritisierte die Ausweisungspraxis: „Ausweisungen stellen eine ungerechte Doppelbestrafung dar, die nur Ausländerinnen und Ausländern droht“, erklärte sie. Häufig seien Menschen betroffen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. „Diese fatale Entwicklung muss unbedingt gestoppt werden“, forderte Jelpke.

Aus der Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass 16 Prozent der Personen, die ausgewiesen werden sollen, ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland besitzen. 30 Prozent haben ein befristetes Aufenthaltsrecht, weitere 23 Prozent eine Duldung. Knapp 32 Prozent besitzen kein Aufenthaltsrecht oder befinden sich im Asylverfahren.

Quelle: MiGAZIN Newsletter 26.08.2019

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Bamf: Ein Drittel weniger Asylanträge von minderjährigen Flüchtlingen

Im Vergleich zu 2018 beantragen deutlich weniger unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Asyl in Deutschland. Die Zahl nähert sich wieder dem Niveau vor 2015 an. Viele einreisende Kinder und Jugendliche verzichten allerdings auf einen Asylantrag.

Die Zahl der Asylanträge unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ist im Vergleich zum Vorjahr um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Zwischen dem 1. Januar und dem 31. August wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) insgesamt 1.908 Asylanträge von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt, wie aus dem Daten des Bamf hervorgeht, die dem MiGAZIN vorliegen. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es noch 3.051 Anträge und im gesamten Jahr 2018 insgesamt 4.087.

Mit der jüngsten Entwicklung nähert sich die Zahl der Anträge wieder dem Niveau vor dem Flüchtlingszuzug ab 2015 an. 2013 hatten unbegleitete minderjährige Flüchtlinge 2.485 Asylanträge gestellt, 2014 waren es 4.399. 2016 wurde die Rekordzahl von 35.939 Anträgen erreicht.

Durch die Asylanträge werden jedoch nicht alle einreisenden Minderjährigen erfasst, wie das Bundesamt betonte. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes war die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen, die aus einem Nicht-EU-Land einreisten, 2018 dreimal so hoch. 12.201 Kinder und Jugendliche wurden aus diesem Grund unter Obhut des Jugendamts gestellt.

Viele Kinder verzichten auf Asylantrag

Es werde deutlich, „dass ein relevanter Anteil der Kinder und Jugendlichen auf einen Asylantrag verzichtet“, erklärte das Bamf. Sie suchten mit ihren gesetzlichen Vertretern stattdessen einen anderen aufenthaltsrechtlichen Weg und blieben beispielsweise erst einmal geduldet in Deutschland.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden nach ihrer Ankunft in Deutschland laut Bamf von den Behörden des ersten Kontaktes dem örtlich zuständigen Jugendamt übergeben. Die Jugendämter sind für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen zuständig.

Quelle: MiGAZIN Newsletter 25.09.2019

Studie: Deutschkenntnisse entscheidend für Karrierechancen

Migranten mit guten Deutschkenntnissen haben am deutschen Arbeitsmarkt gleiche Chancen wie Einheimische. Das ist das Ergebnis einer Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft.

Bei gleichem Bildungsstand und gutem deutschen Sprachniveau erzielen Migranten einer Studie zufolge gleich hohe Löhne wie Einheimische. Dementsprechend geht höhere Erwerbslosigkeit bei Einwanderern in Teilen auf ein geringeres Sprachniveau zurück, wie es in einer am Montag veröffentlichten Studie des Kölner Instituts der deutschen

Wirtschaft (IW) heißt. „Der Spracherwerb ist somit der Schlüssel zur erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt“, schreiben die Forscher.

Um den Spracherwerb noch besser zu fördern, empfehlen die Wirtschaftsforscher, die Qualität der Integrationskurse zu verbessern und sie allen Einwanderern zu ermöglichen. Des Weiteren sollte das Angebot an weiterführenden Sprachkursen ausgebaut und der Kontakt zu Muttersprachlern gefördert werden.

Sprachförderung auch für Deutsche

Die Wissenschaftler weisen zudem darauf hin, dass die Sprachförderung auch die einheimische Bevölkerung in den Blick nehmen müsse. Denn niedrigqualifizierte Arbeitnehmer ohne Migrationshintergrund schnitten schlechter in der deutschen Sprache ab als eingewanderte Akademiker. Deswegen brauche es passgenaue Grundbildungsangebote.

Für die IW-Studie werteten die Wissenschaftler den Angaben zufolge Daten vom Nationalen Bildungspanel, dem „Programme for the international Assessment of Adult Competencies“ und dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) aus. Während die ersten beiden Studien Deutschkenntnisse mittels standardisierter Tests ermittelten, basiere das SOEP auf Selbsteinschätzungen zum Sprachniveau. Auch seien die Erhebungszeitpunkte unterschiedlich, hieß es.

Quelle: MiGAZIN Newsletter 08.10.2019

Statistik: Zahl der Asylanträge weit unter Hoch von 2015

Im Juli wurden europaweit rund 62.900 Asylanträge gestellt. Das ist halb so hoch wie die Zahlen aus den Jahren 2015 und 2016. Sie meisten Anträge wurden von Menschen aus Syrien, Afghanistan und Venezuela gestellt.

Die Zahl der Asylanträge in Europa ist im Juli auf den höchsten Stand seit rund zweieinhalb Jahren gestiegen. In den 28 EU-Staaten plus Norwegen und Schweiz wurden rund 62.900 Anträge auf internationalen Schutz verzeichnet, wie die EU-Asylagentur EASO mit Sitz im maltesischen Valletta mitteilte. Dies sind laut EASO so viele wie seit März 2017 nicht mehr.

Zwischen Juni und Juli 2019 sei ein Anstieg um 26 Prozent verzeichnet worden. Allerdings sei die Zahl der Anträge im Juni sehr gering gewesen, erläuterte die EASO. Zugleich hieß es, die neuesten Zahlen lägen „dramatisch“ unter denen der Jahre 2015 und 2016, im Juli 2016 etwa seien in den 30 Ländern fast 122.000 Anträge auf internationalen Schutz gestellt worden. Gezählt wurden jeweils Erst- und Folgeanträge.

Syrien weiter Top-Herkunftsland

Die meisten Anträge wurden EASO zufolge im Juli von Menschen aus Syrien (6543), Afghanistan (5040) und Venezuela (knapp 3800) gestellt. Es folgten Iraker, Pakistaner, Türken, Kolumbianer, Iraner, Nigerianer und Albaner.

Zur gleichen Zeit wurde über rund 51.000 Anträge auf Schutz in der EU sowie Norwegen und Schweiz erstinstanzlich entschieden, wie die Asylagentur weiter mitteilte. In 35 Prozent dieser Fälle sei entweder der Flüchtlingsstatus oder subsidiärer Schutz zuerkannt worden.

Quelle: MiGAZIN Newsletter 26.09.2019

GLOBALE NACHRICHTEN

Einigung: Flüchtlinge werden auf sechs Länder verteilt

Deutschland, Frankreich und vier weitere Länder haben sich auf die Aufnahme der Flüchtlinge der „Ocean Viking“ geeinigt. Die Menschen wurden vor der libyschen Küste gerettet.

182 von der Besatzung der „Ocean Viking“ gerettete Flüchtlinge werden auf sechs Länder verteilt. Deutschland und Frankreich werden jeweils 50 von ihnen aufnehmen, wie das italienische Innenministerium am Mittwochabend mitteilte. Weitere 20 Gerettete kommen demnach in Portugal, jeweils zwei in Irland und Luxemburg unter. Die übrigen 58 Migranten würden auf Kosten der katholischen Kirche in deren Einrichtungen in Italien untergebracht.

Das Schiff, das von „Ärzte ohne Grenzen“ und SOS Méditerranée betrieben wird, hatte die Menschen vor der libyschen Küste gerettet und war am Dienstag nach mehreren Tagen im Mittelmeer im Hafen der sizilianischen Stadt Messina eingelaufen.

35 Gerettete waren bereits am Dienstag vergangener Woche von Malta an Land gelassen worden. Sie waren am Tag davor in der maltesischen Such- und Rettungszone von einem kleinen Holzboot gerettet worden. Die 182 Flüchtlinge, darunter mehrere Frauen und 14 Kinder, mussten weiter auf dem Schiff ausharren. Libyen ist aus Sicht der Rettungsorganisationen kein sicherer Ort, da Flüchtlinge und Migranten dort in unmenschlichen Lagern interniert und gefoltert werden.

Seit der Übernahme der neuen Regierung in Italien am 5. September war es das zweite private Rettungsschiff, das innerhalb relativ kurzer Zeit einen italienischen Hafen zugewiesen bekam. Der frühere Innenminister Matteo Salvini hatte eine Anlandung von privaten Rettungsschiffen in Italien verboten. Über Tage und Wochen mussten die Seenotretter mit Flüchtlingen an Bord auf eine Erlaubnis für einen Hafen warten. Rund neunzig Prozent der Flüchtlinge erreichen Italien aus eigenen Kräften, nur neun Prozent gelangt mit Schiffen privater Rettungsorganisationen ins Land.

Quelle: MiGAZIN Newsletter 28.09.2019

Studie: Zahl der Migranten in OECD-Ländern nimmt leicht zu

Im vergangenen Jahr haben sich einer Studie zufolge mehr Migranten in OECD-Ländern niedergelassen. Gleichzeitig sank die Zahl der Asylanträge in den OECD-Staaten.

Mehr Migranten haben sich laut einer Studie im vergangenen Jahr dauerhaft in den OECD-Ländern niedergelassen. Im Vergleich zu 2017 sei deren Zahl um zwei Prozent auf rund 5,3 Millionen Menschen gestiegen, heißt es in einem am Mittwoch in Paris veröffentlichten Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Dies folge laut vorläufigen Daten auf einen Rückgang um vier Prozent zwischen 2016 und 2017. Der OECD gehören 36 Staaten an, neben einigen Schwellenländern vor allem Industriestaaten. Seit 2015 haben die europäischen OECD-Länder laut der Studie zusammen mehr dauerhafte Migranten aufgenommen als die USA. Als Einzelland bleiben die USA jedoch Ziel für die höchste Zahl Migranten, gefolgt von Deutschland.

Die Zahl der Asylanträge in den OECD-Staaten sank dem Bericht zufolge auf 1,09 Millionen. Das sei ein Rückgang um 34 Prozent im Vergleich zu 2015 und 2016. Die meisten Asylsuchenden kamen demnach aus Afghanistan, gefolgt von Syrien, dem Irak und Venezuela. Auch einen Rückgang bei den Zahlen registrierter Flüchtlinge verzeichnet der Bericht. Die aktuellsten verfügbaren Daten seien von 2017 und zeigten 700.000 Aufenthaltsgenehmigungen aus humanitären Gründen, 200.000 weniger als im Jahr davor.

Mehr Arbeitsmigration

Die Arbeitsmigration hingegen habe um sechs Prozent zugenommen, heißt es in dem Bericht. Wegen einer zeitlich befristeten Arbeit reisten im Jahr 2017 elf Prozent mehr Menschen in ein OECD-Land ein, insgesamt 4,9 Millionen. Polen ist das beliebteste Zielland für befristete Arbeitsmigration, gefolgt von den USA.

Die Aussichten auf eine Anstellung für Migranten nahm den Experten zufolge 2018 weiter zu. Damit setze sich ein Trend der vergangenen fünf Jahre fort. Durchschnittlich haben mehr als 68 Prozent der Migranten in OECD-Ländern einen Job. Ihre Arbeitslosenrate liege bei unter neuen Prozent. Für bestimmte Gruppen wie Jugendliche und Migranten mit einem niedrigen Bildungsniveau bleibe es allerdings schwierig, eine Anstellung zu finden. Frauen und Menschen zwischen 55 und 64 Jahren hätten leichter einen Job gefunden als in den Vorjahren.

Arbeitsmarkt und Migration

In Ländern mit einer hohen Beschäftigungsquote verbesserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt für Migranten, die erst vor kurzem eingereist sind. Dies sei der Fall in Irland und Großbritannien gewesen, während sich die Situation in Italien und Frankreich nicht verbessert habe, wo rund 40 Prozent der neu angekommenen Migranten eine Anstellung haben.

Ein große Rolle in der öffentlichen Debatte spiele die Auswirkung der Migration auf die Arbeitsmarktchancen von Einheimischen. Dabei zeige sich nach ersten OECD-Schätzungen, dass Migranten, die für eine befristete Zeit einreisen, zu einer höheren Beschäftigungsquote in ihren Empfängerländern beitragen könnten, heißt es in dem Bericht. So sei die Beschäftigungsquote dadurch in sechs von 20 Ländern, darunter Luxemburg und die Schweiz, um über zwei Prozent gestiegen.

Quelle: MiGAZIN Newsletter 19.09.2019

Kinder in Konflikten: getötet, verletzt, entführt

2018 wurden über 12.000 Kinder getötet und verletzt, fast 2.500 entführt und tausende Kinder rekrutiert.

Im UN-Sicherheitsrat in New York wurde über den [Bericht](#) des UN-Generalsekretärs zu Kindern in Konflikten debattiert. Dem Bericht zufolge wurden 2018 über 12.000 Kinder und Jugendliche getötet oder verletzt – so viele wie noch nie, seit die Vereinten Nationen die schwersten Menschenrechtsverletzungen gegen Kinder systematisch untersuchen. Insgesamt wurden 2018 über 24.000 dieser schwersten Verstöße verifiziert. Dazu gehören neben Tötung und Verletzung auch die Rekrutierung von Kindern von bewaffneten Gruppen, sexuelle Gewalt, Entführung, Angriffe auf Schulen und Krankenhäusern und verwehrt humanitärer Zugang.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

Infos zum Umgang mit kulturellen Unterschieden und Vorurteilen

Das Portal für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit www.vhs-ehrenamtsportal.de bietet hilfreiche Tipps und Materialien für die Arbeit mit Geflüchteten. Oft ist im ehrenamtlichen Alltag die Rede von kulturellen Unterschieden. Was versteht man überhaupt unter Kultur? Was sind die Unterschiede, wo liegen aber auch Gemeinsamkeiten? Erfahren Sie mehr in der Themenwelt "Interkulturelle Kommunikation".

Quelle: MiGAZIN Newsletter 26.08.2019

Verbraucherschutzzentrale Thüringen

Die Verbraucherzentrale Thüringen (VZTH) bietet auf ihrer Internetseite gezielt „Informationen für Flüchtlinge und Flüchtlingshelfer“ (auch mehrsprachig) u. a. Checklisten, Musterbriefe und Videos an. Die Seite richtet sich an Menschen und Institutionen, die Asylsuchende unterstützen, sowie direkt an Flüchtlinge: „Wir können im Rahmen der Themen helfen, an denen wir arbeiten und mit denen wir uns auskennen: Abzocke, Rechte als (Neu-)Kunde, Verkaufsversuche von Vertretern, Vertragsfallen...“

Anbei der Link: <https://www.vzth.de/fluechtlingshilfe>.

Quelle: BIMF | Büro der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge

Aktuelle Übersichten zum Migrationspaket

Die Änderungen durch das "Migrationspaket" wurden jetzt alle im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Eine schöne Übersicht dazu wurde im IQ Netzwerk erstellt. Diese finden Sie hier: https://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/dokumente/Dateien_fuer_Meldungen_FE_Uebersicht_Migrationspaket_19-08-06-2.pdf

Das „neue“ AufenthG und AsylbLG finden Sie hier:

https://fluechtlingshilfelippe.de/?page_id=178

(unter Schulungsmaterialien).

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Neu: Broschüre „Muslimische Bestattungen in Thüringen – Riten – rechtliche Rahmenbedingungen – Möglichkeiten der Umsetzung“

Welche Riten prägen eine muslimische Bestattung? Sind diese mit den Vorgaben des Bestattungsrechts und den Friedhofsordnungen vereinbar? Welche Möglichkeiten muslimischer Bestattungen gibt es in Thüringen? Diese Fragen beantwortet die Broschüre, die auch auf Arabisch, Dari und Türkisch verfügbar ist. Eine Online-Version der Broschüre steht auf der Internetseite der Thüringer Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge unter <https://www.thueringen.de/th10/ab/publikationen/eigene/neu/index.aspx> zur Verfügung.

Gedruckte Exemplare erhalten Sie und andere interessierte Personen, Vereine und Initiativen auf Anfrage unter ehrenamt@immjv.thueringen.de.

Quelle: BIMF | Büro der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge



Broschüre „Deutsch als Zweitsprache: Zertifikate im Überblick“

Die neue Broschüre „Deutsch als Zweitsprache: Zertifikate im Überblick“ ist nun online auf der Seite des TMMJV bereitgestellt: https://justiz.thueringen.de/fileadmin/TMMJV/themen/migration/Broschuere_DaZ-Zertifikate.pdf

Mit der vorliegenden Broschüre legt die AG II „Sprachliche Förderung“ des Landesintegrationsbeirats eine Übersicht über Sprachzertifikatsprüfungen vor. In die Übersicht aufgenommen und näher beschrieben wurden offiziell anerkannte Zertifikate für die einzelnen Niveaustufen des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen: Lernen, lehren, beurteilen (GeR).

Quelle: Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Broschüre „Trauma - für akut Betroffene und deren Angehörige“

Ein psychisches Trauma ist ein Ereignis, das jeden Menschen treffen kann. Es geht mit Gefühlen der Ohnmacht und Hilflosigkeit einher und hinterlässt bei fast jedem Menschen eine tiefgreifende Verzweiflung. Das Leben scheint wie aus den Fugen geraten. Es gibt für viele Betroffene nur noch ein „Davor“ und ein „Danach“. Alles ist anders als vorher!

Wann spricht man von einem psychischen Trauma und: was passiert bei einem Trauma? Wie wirkt sich die Traumatisierung aus? Was können Betroffene tun, was können Freunde und Angehörige leisten?

Die 40-seitige Broschüre „Trauma - für akut betroffene Menschen und deren Angehörige“ gibt auf diese Fragen Antworten. Sie soll aufklären, Ängste nehmen, informieren und komplizierte Sachverhalte verständlich machen.

Es gibt im Umgang mit traumatisierten Menschen kein Patentrezept. Es gibt so viele verschiedene Traumareaktionen wie es Menschen gibt.

Die Publikation bietet viele praktische Tipps und Handlungsempfehlungen für den Umgang mit dem traumatischen Ereignis.

Quelle: Zentrum für Trauma- und Konfliktforschung

Zentrum für Integration und Migration der Landeshauptstadt Erfurt

Impressum

Herausgeber:

Internationaler Bund - IB Mitte gGmbH

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Anita Müller